



Israel sollte mit Sanktionen konfrontiert werden

Ronnie Kasrils und Victoria Brittain, SA, The Guardian, 19.5.06

Westliche Regierungen machen die demokratischen Wahlen in Palästina dadurch zunichte, dass sie die Hilfsgelder zurückhalten, kollektive Strafe, wirtschaftliche Belagerung und Hungersnot als politische Waffe anwenden, um die Hamas dahin zu bringen, die „Geschäftsbedingungen“ Israels zu akzeptieren.

Im langen Freiheitskampf gegen die Apartheid in Südafrika gab es niemals eine solch dramatische Situation wie heute in Palästina: obgleich auch dort Kinder getötet wurden, die gegen eine zweitrangige Schulbildung protestierten; Führer der Befreiungsbewegung waren Jahrzehnte auf Robben Island im Gefängnis; neue Führer wurden ermordet; Kirchenführer wurden vergiftet; Häuser wurden zerstört und Vertreibungen waren häufig; und westliche Regierungen sagten Südafrikanern, wer ihre Führer sein sollten und wie ihre Politik aussehen sollte.

Der Afrikanische Nationalkongress begegnete der militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Macht der weißen Regierung mutig mit einer kleinen Guerilla-Armee; die Massenunterstützung des Volkes und moralische Autorität gewann ihr Unterstützer unter Millionen in aller Welt. Viele vergessen heute, dass das verhasste Apartheidsystem von den Mächtigen der Welt wie ein normaler Staat behandelt wurde: eingewurzelte Interessen bestimmten, dass westliche Medien eine aufpolierte Version der Leiden und der Ungerechtigkeit produzierten.

Heute gibt es im Nahen Osten nach Jahren der Doppelmoral in Palästina und dem laufenden verheerenden Krieg im Irak keine westliche Moralautorität mehr. Es gibt keine Entschuldigung mehr dafür, nicht die Wahrheit über das zu wissen, was jetzt Palästinensern geschieht. Und was erst kürzlich durch das Quartett (US, EU, die UN und Russland) an diplomatischen Schritten unternommen wurde, um das Leiden zu erleichtern, während gleichzeitig über den gewählten Vertretern der Palästinenser der Bann gehalten wird, ist absolut unangemessen.

Was im Klartext über die augenblickliche Krisis und über das ausgesagt wird, was ohne ernsthafte politische Intervention geschehen wird, zeigt warum. Das Hauptproblem ist die Verschärfung der israelischen Besetzung von palästinensischem Land. Trotz des Rechtsgutachtens des Internationalen Gerichtshofes, dass die Mauer illegal sei, schlängelt sich diese 390km lang durch die Westbank und raubt weitere 10 % des Landes, das der Ausdehnung illegaler jüdischer Siedlungen dient. Fast 50 000 Palästinenser werden im Limbo - zwischen der Grünen Linie und der israelischen Seite der Mauer - gehalten: 65 000 müssen täglich durch die 11 Kontrollpunkte pendeln. Städte wie Qalqilia und Yayous, die früher wohlhabend, fruchtbares Hinterland und genügend Wasserreserven hatten, sind praktisch eingekreist – ihre landwirtschaftlich genutzten Ländereien und Gewächshäuser liegen auf der israelischen Seite.

Inzwischen hält Israel 50 Mill.\$/Monat an Zollgebühren und Steuern zurück, die den Palästinensern gehören. Die Energiequellen wurden abgeschnitten.

Die palästinensischen Zivilangestellten, Lehrer, Ärzte, Sicherheitskräfte werden seit März nicht mehr bezahlt. Die Möglichkeit für einen zivilen Krieg zwischen den Fraktionen bewaffneter, zunehmend verzweifelter Menschen ist so offensichtlich, dass nicht nur die Palästinenser denken, dass die USA solch eine Selbstzerstörung wünscht.

Den Palästinensern wurden wegen ihrer politischen Wahl Sanktionen auferlegt. Aber es ist Israel, das neue Fakten vor Ort schafft, um die Entstehung eines lebensfähigen Staates zu verhindern, dem Sanktionen durch die UN auferlegt werden sollte.

Der UN-Generalsekretär Kofi Annan sollte seine letzten Monate im Amt dazu nützen, um zu Sanktionen gegen Israel aufzurufen, um die Erfüllung des Rechtsgutachtens des ICJ zur Mauer, die Schließung der Westbanksiedlungen und die Entlassung der Gefangenen zu erreichen.

Und alle die sich um Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit sorgen, müssten eine globale palästinensische Solidaritätsbewegung bilden, um die Anti-Apartheidbewegung der 80er-Jahre wieder aufzunehmen.

Ronnie Kasrils war der Chef des Geheimdienste des bewaffneten Flügels des Afrikanischen Nationalkongress und ist jetzt der Geheimdienstminister Südafrikas. Er schreibt hier seine persönliche Meinung.

Victoria Brittain ist Co-Autorin mit Moazzam Begg von „Enemy Combatant“

victoriabrittain@hotmail.co.uk

www.guardian.co.uk/comment/storie/0,,1778549,00.html

(dt. Ellen Rohlf)